Seminarankündigung

"Aktuelle Fragen der Finanzpolitik"

Diese Seminarveranstaltung wird für Diplomstudierende im Bereich der Wirtschaftswissenschaften sowie für Studierende des Masterstudiengangs International Economics and Public Policy

> von Herrn Dr. Barbaro, Staatssekretär im Finanzministerium Rheinland-Pfalz im WS 2011/12 angeboten.

Die Anmeldung zum Seminar ist bis zum 09.12.2011, 12:00 Uhr per E-Mail an ls_schunk@uni-mainz.de möglich. Geben Sie bitte Ihren Namen, Matrikelnummer, Studiengang sowie drei Themenwünsche an (Themenwünsche in (Themenliste siehe unten).

Weitere Informationen:

- Im Diplomstudiengang kann das Seminar in die Kernfächer Volkswirtschaftstheorie, Volkswirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft sowie in den Wahlpflichtblock eingebracht werden.
- Im Masterstudiengang International Economics and Public Policy kann das Seminar als "Seminar in Public Economics" anerkannt werden. Da das Seminar in deutscher Sprache durchgeführt wird, werden ausreichende deutsche Sprachkenntnisse vorausgesetzt.
- Die Vorbesprechung wird am 12.12.2011, um 17:00 Uhr im RW 6 stattfinden.
- Der spätmöglichste Abgabetermin für die Seminararbeiten (in elektronischer Form) ist der 10. Januar 2012, 12:00 Uhr.
- Die Seminarsitzungen werden am Freitag, den 13.1.2012 im Hs VI und am Samstag, den 14.1.2012 im RW 6 stattfinden.

Dr. Salvatore Barbaro November 2011

Staatssekretär

Seminar an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz "Aktuelle Fragen der Finanzpolitik" WS 2011/12

- I. Europäische Währungsunion
- 1. Die Krise des Euro als Währungskrise
- 2. Die no-bailout-Klausel des Artikel 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) im Lichte der jüngsten Stabilisierungsmaßnahmen
- 3. Langfristbetrachtungen zur Tragfähigkeit der griechischen Staatsschuld
- 4. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- II. Zur Nationalen Debatte um die Begrenzung der Nettokreditaufnahme
- 5. Anlass und Ergebnisse der Föderalismusreformkommission II
- 6. Die neue Schuldenregel des Bundes
- 7. Die neue Schuldenregel des Landes Rheinland-Pfalz
- 8. Die Finanzplanung des Landes Rheinland-Pfalz ein Wegweiser zum strukturellen Haushaltsausgleich?
- Aktuelle Vorhaben zur Senkung der Einkommensteuer in Kontext der neuen Schuldenregeln des Bundes und des Länder
- III. Kommunale Selbstverwaltung und kommunale Finanzausstattung
- 10. Zur Situation der Gemeindefinanzen in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme
- 11. Die Ergebnisse der Gemeindefinanzreformkommission
- 12. Vergleichbarkeit der kommunalen Finanzausstattung zwischen den deutschen Ländern

Erwartete Inhalte / Aufgabenstellung
Es sollten vor allem Parallelen (und Unterschiede) zu "klassischen Währungskrisen" (z. B.
Argentinien) erkannt werden: Realwirtschaftliche Divergenz, insbesondere in
Lohnstückkosten/Wettbewerbsfähigkeit, führt dazu, dass ein fester Wechselkurs
unglaubwürdig wird und zu Spekulationen der Finanzmärkte Anlass gibt. Dieser
Mechanismus mag selbst dann wirken, wenn der Fixkurs in einer gemeinsamen Währung,
hier dem Euro, ausgedrückt wird. Nur ergänzend sollte der Aspekt der Staatsschuldenkrise
aufgegriffen werden.
Nachzeichnen und Bewerten der kontroversen Debatte, ob die Anleihekäufe durch die EZB
einem "bailout" gleichkommen (oder aus geldpolitischen Gründen – Stichwort
Transmissionsmechanismus – erforderlich sind) und inwiefern die verschiedenen
"Rettungsschirme" der Regierungen der Eurozone einen bailout darstellen. Wenn darin ein
Verstoß gegen den AEUV gesehen wird, sollten ökonomische Alternativen aufgezeigt
werden.
Entsprechende langfristige Simulationsrechnungen zum griechischen Schuldenstand liegen
von der "Troika", aber auch z.B. vom WSI vor und kommen zu unterschiedlichen
Einschätzungen. Kontrovers werden die Langfristszenarien in der Ökonomenszene
diskutiert. In der Seminararbeit könnten unterschiedliche Standpunkte dargestellt und
bewertet werden.
Was ist der Anlass für diese Steuer? Welche Vorteile hätte sie; welche Probleme stellen sich
bei der Umsetzung? Darstellung ist auch anhand theoretischer Modelle möglich, die mit
Blick auf eine "Tobin-tax" entwickelt wurden. Außerdem kann die Frage diskutiert werden,
welche Staatengruppe die Steuer einführen könnte (national / Eurozone / EU / weltweit).
Die Föderalismuskommission II hatte die Aufgabe, die Finanzbeziehungen in Deutschland
neu zu ordnen. Zu einigen Themen wurden konkrete Umsetzungswege vorgeschlagen
(Schuldenbegrenzung), zu anderen nicht (aufgabenangemessene Finanzausstattung). Ein
Schwerpunkt sollte auf der Genese der Schuldenregel und ihrer Bewertung liegen, damit
dieses Thema seinem Charakter als Einführung in die Themen 6-9 gerecht werden kann.
Die Schuldenregel (Grundgesetz und Ausführungsgesetz) sollte dargestellt und ihre
konkrete Umsetzung anhand der Finanzplanung des Bundes skizziert und kritisch
beleuchtet werden (z.B. hinsichtlich des Ausgangsniveaus).
Die Schuldenregel des Landes Rheinland-Pfalz (Landesverfassung und Entwurf des
Ausführungsgesetzes) einschl. der Grundzüge der Konjunkturbereinigung sollte dargestellt
und konzeptionell durchleuchtet werden. Aktuellen Stoff bieten auch die in den
kommenden Wochen und Monaten zu erwartenden Landtagsdebatten.

ng ist im Gegensatz zum Haushaltsplan nicht rechtsverbindlich, sondern hat
n Programmcharakter. Der Stellenwert der Finanzplanung dürfte aber
teigen (dies ist teilweise schon zu beobachten), weil Bund und Länder darin
ofad zur Einhaltung der neuen Schuldenregel darlegen. Im Rahmen des
untersucht werden, inwiefern die Finanzplanung des Landes Rheinland-
en Aufgabe gerecht wird.
egenden Vorschläge zur Senkung der Einkommensteuer und evtl. des
nlages könnten in ihrer Wirkung auf die einzelnen staatlichen Ebenen
rden. Sodann sollte sich eine Diskussion darüber anschließen, welche Ebene
rsenkungen – z.B. mit Blick auf die Kreditaufnahme-Obergrenzen gemäß
ofaden und auf eine angestrebte gewisse Unabhängigkeit von der
anzierung – leisten kann.
eher deskriptiven Charakter und würde die Entwicklungstendenzen der
ommunalen Einnahme- und Ausgabeposten untersuchen. Evtl. könnte ein
f das System der Gemeindesteuern gelegt werden.
es Themas müssten die Aufgabenstellung untersucht und die Ergebnisse
(z.B. Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund) dargestellt
erden.
die unterschiedliche Aufgabenwahrnehmung zwischen Land und
mmunalisierungsgrad) ist es schwierig, die Finanzausstattung zwischen den
ern zu vergleichen und Klagen der Kommunen bezüglich einer angeblich
nden Ausstattung zu bewerten. Es existieren jedoch bestimmte Indizes, die
arkeit zum Ziel haben. Diese könnten dargestellt und kommentiert werden.